

November 2011_ Nazis in Thüringer Kommunalvertretungen – Eine Halbzeitbilanz

Seit Juni 2009 sitzen Neonazis in den Thüringer Kreistagen und Stadträten. Zeit für eine Halbzeitbilanz und die Beantwortung der Fragen: Welche inhaltlichen Schwerpunktsetzungen nehmen sie im Rahmen ihrer parlamentarischen Aktivitäten vor? Ist eine strategische Ausrichtung erkennbar und wie ist die Arbeit insgesamt einzuschätzen?

Der folgende Bericht basiert auf der Analyse der parlamentarischen Aktivitäten der Nazis und auf Beobachtungen in den entsprechenden Kreistagen und Stadträten. Darüber hinaus fließen Erkenntnisse aus einer von NiP durchgeführten Interviewreihe mit VertreterInnen der demokratischen Parteien in den entsprechenden Thüringer Kommunalvertretungen mit ein.

Die extrem rechten Parteien haben bei der Kommunalwahl insgesamt 25 Mandate errungen, wobei sich davon 22 auf die NPD, 2 auf die DVU und eines auf die rechte BZH-Wählergemeinschaft vereinen. Aus diesem Mehrheitsverhältnis und der noch zu zeigenden Aktivitätsdichte konzentriert sich der folgende Bericht im Wesentlichen auf die NPD Aktivitäten.

Anmerkung:

Der NPD Landesverband weist auf seiner Homepage derzeit 23 NPD Mandatsträger aus. Zu ihren 22 Mandaten zählt sie die zwei DVU-Vertreter. Nach dem Austritt eines NPD- Vertreters aus der NPD-Gruppe im Kreistag, bleiben 23 Mandate. Obwohl die anvisierte Verschmelzung von NPD und DVU noch nicht rechtskräftig ist, darf sie laut einem Urteil des Amtsgerichtes Berlin (Amtsgericht Köpenick, Urteil vom 07.10.2011, Az: 7 C 1005/11) bis auf Weiteres die DVU als `übernommen` bezeichnen. Dies hat keine Auswirkung auf die Konzentration und Zählweise der NPD- Aktivitäten in diesem Artikel.

Personelle Veränderungen

Parteiinterne Richtungsstreitigkeiten und Grabenkämpfe sowie persönliche Zerwürfnisse der Mitglieder und Funktionäre untereinander begleiten die NPD seit jeher. Dies bleibt im Jahr 2011 nicht ohne Auswirkung auf die personelle Besetzung der NPD- Mandate. So wird im Februar ein Austritt aus der NPD-Gruppe im Kreistag Gotha von K. Städtler bekannt gegeben und im Stadtrat Nordhausen konstatieren wir

im Juni einen Parteiaustritt und eine Mandatsniederlegung von M. Kreuzer. Hinzu kommt eine Mandatsniederlegung beim „Bündnis Zukunft Hildburghausen“ (BZH) von T. Frenck im Kreistag Hildburghausen. In beiden Fällen sind die Nachrücker bereits vereidigt worden.

Während Städtler in einer Pressemitteilung von „gravierenden Meinungsverschiedenheiten“ spricht, ist nach einer BZH – Meldung im Fall Frenck ein offensichtlich längerer Aufenthalt im außereuropäischen Ausland die Ursache für die personelle Veränderung. Die unterschiedlichen Aussagen zum Fall Kreuzer legen nahe, dass eine mangelnde Zusammenarbeit mit den Autonomen Nationalisten vor Ort ein ausschlaggebender Streitpunkt für den Rück- und Austritt war. Zudem zeuge der diesjährige `Tag der nationalen Jugend`, dessen Anmelder Kreuzer war, nicht von hinreichendem Organisationstalent.

Der NPD-Landesvorstand formuliert seinen Unmut über die Arbeit der Thüringer NPD Mandatsträger in seinen eigenen Anträgen auf dem Landesparteitag im Juni 2011 ganz deutlich. Hierin kritisierte er die Arbeitshaltung „Dienst nach Vorschrift“ und kündigt an, dass er sich nicht scheuen werde „destruktiven Aktionen mit konsequenten Maßnahmen zu begegnen“. (siehe NiP Beitrag: `NPD Landesparteitag am 18. Juni 2011 in Kirchheim` unter: Thüringen) Die scheinbar wenig ertragreiche konstruktive parlamentarische Arbeit der überwältigenden Mehrheit der 22 Mandatsträger dürfte den NPD Landesvorstand nicht zufriedenstellen, so dass weitere personelle Veränderungen in Zukunft nicht auszuschließen sind.

Die Arbeit der NPD in den Thüringer Kreistagen und Stadträten

Rückblickend auf fast zweieinhalb Jahre Parlamentsarbeit der extrem rechten Parteien ist eine äußerst unterschiedliche Quantität und Qualität der parlamentarischen Arbeit festzustellen.

(Zum jetzigen Zeitpunkt sind keine nennenswerten Aktivitäten der Vertreter der DVU (2 Sitze im SR Lauscha) und sehr wenig bei dem BZH (Kreistag Hildburghausen) feststellbar. Mögliche zukünftige Veränderungen können in den jeweiligen NiP-Rubriken verfolgt werden.)

Einschätzung der Quantität parlamentarischer NPD- Aktivitäten

Bei einer quantitativen Betrachtung sind es lediglich vier NPD- Mandatsträger, bei denen von einer *wahrnehmbaren* Arbeit im Kreistag/Stadtrat gesprochen werden kann. Die NPD- Vertreter im Kreistag Wartburgkreis und im Stadtrat Eisenach sind in ihrer Arbeitsweise als eher offensiv – energisch zu charakterisieren. Nach eigenen Angaben (Homepage) beläuft sich das Volumen ihrer Aktivitäten von Juni 2009 bis 14. September 2011 im Eisenacher Stadtrat auf insgesamt 104 Anträge, Anfragen

und Redebeiträge. Im Kreistag Wartburgkreis bringen es Heller und Kammler im selben Zeitraum auf insgesamt 79 Aktivitäten.

Ein Vergleich mit der Anzahl parlamentarischer Initiativen demokratischer Parteien zeigt: die vier NPD- Vertreter sind nicht überdurchschnittlich fleißig, aber im Gegensatz zu den 21 anderen Vertretern der extremen Rechten in der jeweiligen Kommunalvertretung deutlich präsent.

Gestaffelt nach der Anzahl der Anträge, Anfragen und Redebeiträge ist ein kleines Mittelfeld von fünf NPD- Mandatsträgern festzustellen, die nach Eigenangaben bis zu 39 Aktivitäten in fast zweieinhalb Jahren in den Kommunalvertretungen entfalten. Dies sind die Kreistage Nordhausen und Eichsfeld und der Stadtrat Nordhausen.

Die überwältigende Mehrheit der extrem rechten Mandatsträger sind mit 0-5 Aktivitäten in fast 2,5 Jahren als passiv-beobachtend mit gelegentlichen parlamentarischen Aktivitäten zu beschreiben.

Diese relative Inaktivität darf dennoch nicht in jedem Einzelfall zur Unterschätzung des jeweiligen Neonazis führen, da diese in einigen Fällen mit einer hohen außerparlamentarischen Aktivität einhergeht. Ein Beispiel hierfür liefert der Neonazi Heise, der es im Kreistag Eichsfeld auf ganze 15 Anfragen in fast 2,5 Jahren gebracht hat. Obwohl Heise als Einzelperson im Kreistag kein Antragsrecht hat, so macht er von weiteren Beteiligungsmöglichkeiten wie das Stellen von Änderungsanträgen oder diskussionsbereichernden Wortbeiträgen kaum bis gar keinen Gebrauch. Trotz dieser relativ geringen innerparlamentarischen Aktivität war er in den letzten Jahren u.a. um die Organisation und Koordination von Aktionen der Freien Kräfte bemüht. Zuletzt (Sept. 2011) hatte er den sog. `Eichsfelder Heimattag` organisiert.

Einschätzung der Qualität parlamentarischer NPD-Aktivitäten

Die erkennbaren Qualitätsunterschiede der Anträge, Anfragen und Redebeiträge zwischen den Kreistagen und Stadträten in den verschiedenen Regionen lassen ein sehr unterschiedliches Maß an Fähigkeit und Kompetenz bei den NPD-Mandatsträgern vermuten.

Aufgrund der Beobachtungen und Analysen der NiP-Projektgruppe und den Einschätzungen der interviewten Personen, entsteht der Eindruck, dass es auch hier lediglich diese Handvoll Neonazis ist, die ihre Arbeit in den Kreistagen und Stadträten sachkundig und wahrnehmbar zu erfüllen in der Lage sind. Sie scheinen über eine

relativ umfassende Kenntnis der Thüringer Kommunalordnung und der jeweiligen Geschäftsordnung zu verfügen.

Neben fachlichen Kenntnissen bedarf es gewisser Schlüsselkompetenzen wie etwa Darstellungs- und Überzeugungskraft, Selbstsicherheit und die Fähigkeit, sich argumentativ an Diskussionsprozessen beteiligen zu können. Derzeit lassen die Beobachtungen des NiP-Projektes und der Interviews darauf schließen, dass jene Qualitäten bei einem sehr begrenzten Teil der NPD-Mandatsträger zu bestehen scheinen bzw. nicht nach außen getragen werden.

Umgang der demokratischen Parteien mit NPD-Anträgen

Angaben der demokratischen Parteien zufolge, müssen eine Vielzahl der NPD-Anträge aus juristischen oder formalen Gründen abgelehnt werden. So mussten in der Vergangenheit Anträge aufgrund der `Nichtzuständigkeit` (auch „übertragender Wirkungskreis“ genannt) des Kreistages oder des Stadtrates abgelehnt werden. Als formale Gründe sind hier Anträge zu nennen, deren Antragsgegenstand bereits in der Vergangenheit in die Tat umgesetzt wurde. So stellte die NPD in Weimar im Januar 2011 beispielsweise einen Antrag auf die Erstellung eines „Informationssystem(s) für Verkehrsstörungen“. Dieser Antrag konnte nach Aussage eines Interviewpartners abgelehnt werden, da ein solches System in den wesentlichen Punkten bereits existiere. Bei der Betrachtung aller NPD-Anträge landesweit fällt auf, dass eine offensichtlich nicht hinreichende Recherche zu lokalen Problemlagen vor Ort, relativ häufig zu Anträgen führt, die aufgrund ihrer `Gegenstandslosigkeit` abgelehnt werden müssen.

Daneben sind es inhaltliche Gründe, die zur Ablehnung der rassistischen, antisemitischen und menschenverachtenden Anträgen geführt haben bzw. führen müssen.

Inhaltliche Schwerpunktsetzungen

Inhaltlich betrachtet beschäftigt sich der größte Anteil der Anträge, Anfragen und Redebeiträge mit klassisch kommunalpolitischen Themen wie etwa der Jugendarbeit, Fragen im Kontext Schule, Müllbeseitigung oder Verkehrssicherheit. Über die Beschäftigung mit solchen Schwerpunkten versucht die NPD existierende BürgerInnen- Interessen zu instrumentalisieren.

Ein Beispiel: In vielen Regionen muss die von der Verwaltung aufgeworfene Frage/Forderung nach Schulschließungen aufgrund sinkender SchülerInnenzahlen thematisiert und diskutiert werden. Aus Sicht der Verwaltung ein notwendiges Übel, weil sie um Kosteneinsparung und Effizienz bemüht ist.

Aus Sicht der Eltern aber eine nicht hinnehmbare Forderung. Kinder müssten v.a. in ländlichen Regionen längere Schulwege in Kauf nehmen und würden aus sozialen Netzwerken herausgerissen. Hinzu komme eine besondere Herausforderung aufgrund von schlechten Verkehrsanbindungen einiger Gemeinden im Umland.

Die NPD-Männer Wieschke und Albrecht im Stadtrat Eisenach machten sich in solchen Angelegenheiten zum Sprachrohr der `vermeintlich` nicht (an-)gehörten Mütter und Väter. Trotz z.T. rational nachvollziehbaren Argumenten für eine Schulschließung, solidarisiert sich die NPD uneingeschränkt mit der Ablehnung der Betroffenen und erntet hierfür in den öffentlichen Sitzungen enormen Beifall.

Neben den klassisch-kommunalpolitischen Themen formuliert die NPD Anträge und Anfragen mit deutlich rassistischen, antisemitischen und menschenverachtenden Inhalten. Dieser zahlenmäßig zweitgrößte Anteil der parlamentarischen Aktivitäten offenbart den wahren Charakter der NPD, den sie durch ein biederhaftes Auftreten zu verschleiern versuchen.

Die Frage nach dem „Kostenfaktor Asyl“, Kriminalitätsstatistiken für AusländerInnen und die Einführung eines „Ausländerrückführungsbeauftragten“ hat bei allen extrem rechten Mandatsträgern in unterschiedlicher Ausprägung einen festen Platz in ihrem Antrags- und Anfragen- Repertoire.

Eine weniger inhaltliche als vielmehr strategische Schwerpunktsetzung bildet die direkte und aktive Unterstützung von BürgerInneninteressen durch NPD-Mandatsträger. Gemeint sind hier Einwohneranträge, durch die ein bestimmtes Anliegen von BürgerInnen aus der Kommune/Gemeinde auf die Tagesordnung eines Stadtrates gesetzt werden kann. Hierdurch ist der Stadtrat verpflichtet, sich mit dem Sachverhalt auseinander zu setzen.

NPD Mandatsträger haben in mindestens drei Fällen diese Plattform für sich genutzt und konnten durch eine entsprechend unterstützende Haltung im Stadtrat vermutlich ihren Bekanntheits- und Beliebtheitsgrad bei der BürgerInnen vor Ort steigern. Zu nennen ist hier der Geraer NPD-Stadtrat Richter und Wieschke und Albrecht in Eisenach.

Funktionen der kommunalpolitischen Arbeit

Die NPD bringt ihre radikal-ablehnende Haltung zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland regelmäßig in öffentlichen Verlautbarungen und diversen Schriftstücken zum Ausdruck. Die Systemüberwindung war, ist und bleibt das erklärte Ziel der NPD. Deshalb soll an dieser Stelle das anzunehmende Motiv der

NPD, sich an demokratischen Prozessen auf Stadtrats- bzw. Kreistageebene zu beteiligen, dargestellt werden.

Die NPD betrachtet die Arbeit in den Kommunalparlamenten als Mittel zum Zweck. Ihr geht es nicht um eine demokratische, lösungsorientierte Gestaltung der Gesellschaft, sondern um den Auf- und Ausbau von Wählerschichten durch ihr betont bürgerlich-korrektes Auftreten. Sie möchte vor Ort als der `nette Nachbar von nebenan` wahrgenommen werden, als der, der sich noch für die Sorgen und Nöte `der kleinen Leute` interessiert und sich für sie stark macht. Das eigentliche Ziel der Arbeit in den Kreistagen und Stadträten ist also die kommunalpolitische Verankerung vor Ort. Aus Sicht der NPD ist es strategisch von immenser Bedeutung als eine ganz normale Partei im demokratischen Parteienspektrum wahrgenommen zu werden. Ist dies durch die angestrebten Normalisierungs- und Gewöhnungstendenzen erreicht, wollen sie in einem nächsten Schritt als wählbare Alternative die Landesebene und schließlich die Bundesebene erobern. Das oberste Ziel aller Bemühungen im `Kampf um die Parlamente` drückt der ehemalige NPD- Bundesvorsitzende Voigt in einem Interview 2004 wie folgt aus: „»Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat.«

Fazit

Aus Sicht der Nazis stellt der Einzug in die Kommunalparlamente im Juni 2009 ein erstes wichtiges Etappenziel für den angestrebten Einzug in den Thüringer Landtag 2014 dar. Dies setzt allerdings den Auf- und Ausbau von (Stamm-) Wählerschichten voraus, der nur durch eine glaubwürdige und fachlich kompetente Vertretung von BürgerInneninteressen verwirklicht werden kann. Zum jetzigen Zeitpunkt muss das Erreichen dieser Grundsteinlegung aufgrund der gezogenen Halbzeitbilanz stark bezweifelt werden. Denn die aufgezeigte Quantität und Qualität der parlamentarischen Aktivitäten der NPD deutet auf einen Mangel an `geeignetem Personal` hin.

NiP Redaktion